

Was muss der zukünftige EU-Rahmen 2028-2034 für die Stärkung der ländlichen Räume ermöglichen? Positionen aus Niedersachsen

Bedarfe und Potenziale ländlicher Räume

Die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts gerade auch in den ländlichen Räumen ist ein Kernanliegen Europas. Dazu gehören eine gesicherte Daseinsvorsorge und Versorgungssituation in ländlichen Räumen, eine intakte Umwelt, eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur sowie qualifizierte Beschäftigungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Der aktuelle neunte Kohäsionsbericht von 2024 stellt heraus, dass etwa in den Bereichen digitale Konnektivität, Infrastruktur, Dienstleistungen, Bildungs- Weiterbildungs- und Arbeitsangeboten sowie dem demographischen Wandel und der damit verbundenen Abwanderung aus ländlichen Räumen noch große Herausforderungen bestehen. Diese gelten in Teilen auch für Niedersachsen.

Um diese Herausforderungen anzugehen, bedarf es der Unterstützung aus europäischen Mitteln und eines breiten regional gestaltbaren strukturpolitischen Ansatzes. Ansonsten kann sich aus einem Gefühl des Abgehängtseins bzw. aus dem Eindruck, mit den Herausforderungen der Transformation alleingelassen zu werden, eine „Geographie der Unzufriedenheit“ entwickeln, die die Europäischen Institutionen und den Zusammenhalt in Europa und in den Regionen schwächen kann.

Gleichzeitig verfügen ländliche Räume über ein hohes Potenzial für nachhaltiges Wachstum, u.a. durch sich wandelnde Arbeitswelten, hohe Lebensqualität, regenerative Energiegewinnung sowie die nachhaltige Produktion von Lebensmitteln und regionales Handwerk und Verarbeitungsstrukturen.

Die langfristige Vision der EU-Kommission für die ländlichen Gebiete der EU bis 2040 stellt die Bedarfe und Potenziale der ländlichen Räume der EU klar heraus und fordert, dass die Politikgestaltung die Förderung von Wohlstand, Widerstandsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt in ländlichen Gebieten unterstützen muss. Die Vision nimmt neben anderen Fachpolitiken ausdrücklich die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsion in die Pflicht. Diese Zielsetzung der Vision unterstützen die niedersächsische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, die niedersächsische Ministerin für Ernährung Landwirtschaft und Verbraucherschutz und der niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz ausdrücklich.

Bedeutung der EU-Politiken für die ländlichen Räume

Die Europäische Union verfügt mit dem ELER und den kohäsionspolitischen Instrumenten (EFRE, ESF, Fischereifonds und dem Fonds über den gerechten Übergang (JTF)) grundsätzlich über vielfältige Fördermöglichkeiten zur Unterstützung der Entwicklung ländlicher Räume.

Die Strukturfonds sind unverzichtbar für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Regionen mit ihren urbanen und ländlichen Teilräumen. Mit den Strukturfonds wird die Innovationsfähigkeit und Resilienz von Stadt und Land gestärkt. Der ELER ist, neben seiner Bedeutung für die Transformation der Landwirtschaft, das zentrale Finanzierungsinstrument für die ländliche Entwicklung. Dabei schließt das Verständnis von ländlicher Entwicklung neben regionalen Gestaltungsprozessen, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge auch den Schutz der natürlichen Ressourcen durch investive Natur-, Gewässer-, Hochwasser- und Küstenschutzmaßnahmen mit ein. Diese Maßnahmen sind wesentlich für die Klimaresilienz ländlicher Räume und die Umsetzung von NATURA 2000 und EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Die Diskussionen zur zukünftigen Ausgestaltung der EU-Politiken und des MFR ab 2028 haben begonnen und werden mit der neuen Kommission weiter Fahrt aufnehmen. In diese Diskussion möchte sich Niedersachsen als ein großes Flächen- und Agrarland für die Belange starker und resilienter ländlicher Räume einbringen. Diese dürfen bei den anstehenden Neuausrichtungen der einzelnen Politikfelder nicht aus dem Fokus geraten.

Im kohäsionspolitischen Kontext werden eine Konzentration auf weniger entwickelte Regionen, eine Nationalisierung der Kohäsionspolitik in Anlehnung an den Deutschen Aufbau- und Resilienzplan und eine Konzentration auf wenige zentrale Themen (Wettbewerbsfähigkeit, Industriepolitik, Innovation, Forschung, Technologien) diskutiert. Damit wäre weder eine Anschlussfähigkeit an den ELER, noch eine auf Daseinsvorsorge und sozioökonomische Stärkung ländlicher Räume ausgelegte Förderung durch die Strukturfonds in Niedersachsen möglich.

Die Entwicklung der ländlichen Räume jenseits agrarpolitischer Themen in der GAP hat bereits in der derzeit laufenden Förderperiode 2023-2027 an Bedeutung verloren. Das manifestiert sich sowohl in der schwachen Zielverankerung im Rechtsrahmen als auch in der Mittelverteilung in den nationalen GAP-Strategieplänen. Nach Verlautbarungen aus der Kommission sollen zukünftig die Themen Resilienz des Agrarsektors, Ernährungssicherheit und die Vereinbarkeit von Landwirtschaft mit der Erhaltung der Natur den ELER noch stärker bestimmen. Diese Themen und Ziele sind für die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung und werden ausdrücklich unterstützt.

Daneben braucht es eine vergleichbare Verankerung des Ziels der sozio-ökonomischen Entwicklung ländlicher Gebiete, denn lebenswerte ländliche Räume brauchen mehr als nur eine nachhaltige und in der Gesellschaft verankerte Landwirtschaft. Sie brauchen eine gesicherte Versorgungssituation, zukunftsfähige Infrastrukturen und Siedlungsprojekte, Naturschutz und Klimafolgenanpassungsvorhaben wie z.B. den Hochwasserschutz, um attraktiv zu bleiben für die Bevölkerung vor Ort und für die Gewinnung von Fachkräften. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien findet zu einem guten Teil auf vormals landwirtschaftlich genutzten Flächen statt. Dies alles erfordert ein Zusammendenken von Landwirtschaft und ländlichen Räumen ebenso wie Investitionen in Umwelt, Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen und eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur.

Positionen für eine Politikgestaltung für ländliche Räume ab 2028

ELER und Kohäsionspolitik müssen daher auch zukünftig gemäß ihrer Zielsetzung dazu beitragen, ländliche Regionen zu befähigen, ihre Bedarfe gezielt zu adressieren und ihre Potenziale auszuschöpfen. Wiebke Osigus, Niedersächsische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Miriam Staudte, Niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Christian Meyer, Niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz bringen sich mit folgenden Anregungen und Positionen in die Debatte zur Ausgestaltung des Rechtsrahmens von GAP und Kohäsion auf EU-Ebene ein:

1. Die Stärkung der Resilienz ländlicher Regionen in allen Dimensionen – ökologisch, sozial, wirtschaftlich, digital und demografisch – muss als eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der notwendigen Transformationsprozesse in der EU-Politik ab 2028 erkennbar verankert und mit angemessenen Mitteln und wirkungsvollen Instrumenten hinterlegt werden.
2. Die Auswirkungen der industriellen Transformation insbesondere der Energie- und Mobilitätswende betreffen zu großen Teilen ländliche Räume und müssen künftig besser mit entsprechenden EU-Instrumenten strukturpolitisch flankiert werden können.
3. Die Klima- und Biodiversitätskrise stellen die ländlichen Räume vor große Herausforderungen. Daher sollten entsprechende EU-Instrumente zur Verfügung stehen, um wirksam dem Verlust der Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit entgegen zu wirken, Küsten- und Hochwasserschutz zu ermöglichen und Extremwetterereignissen begegnen zu können.
4. Aufgrund der Herausforderungen und tiefgreifenden Veränderungsprozesse benötigen weiterhin alle Regionen europäische Unterstützung, um nicht überfordert zu werden und Potenziale in Chancen verwandeln zu können. Die Unterstützung sollte in Art und Intensität weiterhin nach Gebietskategorien differenziert erfolgen.
5. Eine Ausgestaltung der Kohäsionspolitik, die sich auf weniger entwickelte Regionen beschränkt und über nationale Instrumente umgesetzt werden soll, wird ebenso wie ein thematisch noch stärker auf Landwirtschaft und Ernährung verengter ELER entschieden abgelehnt.
6. Für eine gegenseitige Anschlussfähigkeit der Instrumente ist es wesentlich, dass die zukünftige Ausgestaltung des jeweiligen EU-Rechtsrahmens von GAP und Kohäsionspolitik im Hinblick auf die Verantwortung für die ländlichen Räume auf einander abgestimmt wird.
7. Im ELER sollte eine gestärkte ländliche Entwicklung durch strukturpolitische Ziele und Instrumente jenseits agrarsektorbezogener Förderungen sichergestellt werden und in den Strukturfonds sollten im Rahmen der dort vorhandenen Schwerpunkte Möglichkeiten zur Ansteuerung spezifischer Bedarfe und Potenziale ländlicher Räume verankert werden.
8. Integrierte ortsbezogene Bottom-up-Ansätze wie LEADER oder andere territoriale Instrumente sollten aufgrund der großen Mitgestaltungsmöglichkeiten der Akteure vor Ort und der Passgenauigkeit der Strategien für die regionalen Transformationsherausforderungen einen großen Stellenwert erhalten. Diese Ansätze stärken die Sicht- und Greifbarkeit der EU vor Ort im Sinne eines bürger-näheren Europas.
9. Für einen integrierten Politikansatz für ländliche Räume und eine kohärente Förderarchitektur müssen die Rechtsetzung und Förderperioden von GAP und Kohäsion wieder zeitsynchron verlaufen.
10. Zusätzlich sollte zukünftig wieder die Option bestehen, den ELER auf der gleichen regionalen Ebene zu programmieren wie die Strukturfonds und eigenständig umzusetzen. Der nationale GAP-Strategieplan hat sich als kaum mehr administrierbar und für die investiven Maßnahmen der ländlichen Entwicklung als wenig förderlich erwiesen.